

EDITORIAL

❖ Das Unvorhersehbare bleibt der deutschen Politik treu. Nach dem Rücktritt von Bundespräsident Christian Wulff nach nur zwei Jahren Amtszeit hat sich die Bundesversammlung am 18. März 2012 mit einer überwältigenden Mehrheit für Joachim Gauck als Nachfolger im höchsten Staatsamt entschieden. Der neue Bundespräsident hatte sich in den Wochen zuvor bei den Wahlmännern und -frauen der CDU/CSU, SPD und Grünen, aber auch der Linken vorgestellt und um Vertrauen geworben. Nur bei den Linken konnte er Vorbehalte nicht ausräumen. Sie nominierten Beate Klarsfeld als ihre Kandidatin. Sie war durch eine Ohrfeige für Bundeskanzler Kiesinger schlagartig bekannt geworden und erfreute sich in ihrem Kampf gegen Altnazis der Unterstützung durch die SED. Sie störte sich nie daran, dass in der Volkskammer damals mehr ehemalige Mitglieder der NSDAP als im Deutschen Bundestag saßen. Die Linke hat mit ihren Kampfkandidaturen um das Bundespräsidentenamt einmal mehr Pech gehabt, denn Frau Klarsfeld konnte und wollte nicht verhehlen, dass sie im französischen Präsidentschaftswahlkampf Nicolas Sarkozy unterstützt, weil der ihr einen Orden verliehen hatte. Der neue Bundespräsident empfahl sich mit seiner brillanten Rhetorik und einem um Verantwortung und Selbstverantwortung gruppierten Freiheitspathos, das einem Land guttun wird, welches sich in den letzten Jahren auf Gleichheit und Sicherheit einstimmen ließ. Die Wahlagenda in Deutschland für 2012 konzentrierte sich bisher auf die beiden Landtagswahlen im Saarland und in Schleswig-Holstein. Neu hinzugekommen ist im März die Landtagswahl zwischen Rhein und Weser am 13. Mai 2012. Mitte März hatte sich der Landtag in Nordrhein-Westfalen selbst aufgelöst, nachdem ein Vermerk von Landtagsjuristen zum Scheitern eines Einzeletats in zweiter Lesung das finale Scheitern des Gesamtetats be-



hauptet hatte. Damit war die rot-grüne Landesregierung von Hannelore Kraft an ihr vorzeitiges Ende gelangt.

Alle Parteien versprechen sich im jetzt entbrannten Landtagswahlkampf im bevölkerungsreichsten und industriell gut aufgestellten Bundesland Wettbewerbsvorteile.

Rot-Grün verweist auf seine Leistungsbilanz, die allerdings kritisch hinterfragt werden muss. CDU und auch FDP prangern die Neuverschuldung des Landes an, die dem nationalen und europäischen Trend der Schuldeneindämmung zuwiderläuft. Umfrageergebnisse am Tag der Auflösung des Landtages beflügeln Hoffnungen und reduzieren Erwartungen. Allerdings sind solche Erhebungen nicht mehr als Wasserstandsmeldungen, die nur wenig Aussagekraft haben für die Entwicklung der Fluten der Meinungsbildung bis zum Wahltag. Die FDP hat ihren früheren Generalsekretär Christian Lindner als Spitzenkandidat reaktiviert. Für diese Partei wird der Urnengang zur Schicksalsabstimmung. Ihr droht der Abschied von der parlamentarischen Verantwortung in Nordrhein-Westfalen. Deshalb vertraut sie darauf, dass die Wähler ihre Standfestigkeit beim Schuldenabbau honorieren. Mit ihrem Spitzenkandidaten, Bundesumweltminister Norbert Röttgen, konnte die CDU hingegen mit Zuversicht in den Wahlkampf ziehen. Sie hat aus den Fehlern der letzten Kampagne gelernt, hält die Reihen fest geschlossen, setzt auf die richtigen Themen der Zukunftsgestaltung durch Schuldenabbau und vertraut darauf, im Wahlkampf als der Hoch-Zeit der Kommunikation ihre Argumente in Vertrauen der Bürger umsetzen zu können. ❖

Wolfgang Bergsdorf

Wolfgang Bergsdorf